Protokoll über die Sitzung des Rates der Stadt Wilhelmshaven mit Einwohnerfragestunde am Mittwoch, 17. Dezember 2014, 16:00 Uhr, im Ratssaal Nr. 15/2014

Anwesend:

Oberbürgermeister
Oberbürgermeister Andreas Wagner

Mitglied CDU-Fraktion
Ratsmitglied Werner Bohlen-Janßen
Ratsmitglied Jörn Felbier
Ratsmitglied Oliver Gerriets
Ratsvorsitzende Ursula Glaser
Ratsmitglied Martin Harms
Ratsmitglied Uwe Heinemann
Beigeordneter Stephan Hellwig
Ratsmitglied Byrte Janßen
Ratsmitglied Brigitte Klee
Ratsmitglied Michael Kunze
Ratsmitglied Helmut Möhle
Ratsmitglied Prof. Günter Reuter
Ratsmitglied Jasmin Tegge
Ratsmitglied Lutz Wilhelm

Mitglied SPD-Fraktion
Ratsmitglied Nurhayat Bakir
Bürgermeister Holger Barkowsky
Ratsmitglied Peter Debring
Ratsmitglied Karlheinz Föhlinger
Ratsmitglied Sabine Gastmann
Ratsmitglied Wolfgang Jeschke
Ratsmitglied Petra Kolbe
Ratsmitglied Uwe Reese
Ratsmitglied Norbert Schmidt
Ratsmitglied Hermann Stolle
Beigeordneter Michael Veh
Ratsmitglied Christine Will

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Ratsmitglied Sabine Aretz
Ratsmitglied Katja Breuer
Ratsmitglied Rainer Büscher
Ratsmitglied Erika Lach
Ratsmitglied Sigrid Linsen-Steiner
Ratsmitglied Peter Sokolowski
Ratsmitglied Michael von den Berg

Mitglied Gruppe BASU/Hammadi
Ratsmitglied Al-Chafia Hammadi
Ratsmitglied Helga Weinstock

Mitglied UWG WHV-Fraktion
Ratsmitglied Frank Uwe Walpurgis
Ratsmitglied Horst Dieter Walzner

Mitglied WBV-Fraktion
Beigeordneter Stefan Becker
Ratsmitglied Hans-Jürgen Lietzmann

Mitglied FDP
Ratsmitglied Dr. Michael von Teichman

von der Verwaltung
Erster Stadtrat Jens Stoffers
Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination Arnold Preuß
Fachbereich Kommunikation & Koordination Eugen Folkers
Fachbereich Rechnungsprüfungsamt Heike Jacobs
Fachbereichsleitung Finanzwirtschaft Jörg Valnion
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung Hennig Winde
Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung Britta Dirks

Gäste
Reinhold Keil Geschäftsführer RNK
Julia Lemke CIMA Lübeck

Es fehlte entschuldigt
Ratsmitglied Björn Heinisch
Ratsmitglied Howard Jacques
Ratsmitglied Fritz Langen
Ratsmitglied Barbara Ober-Bloibaum

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3
Einwohnerfragestunde auf Seite 12

A. Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

6.1	38. Hauptversammlung Deutscher Städtetag 2015 in Dresden - Benennung von Abgeordneten und Gästen	**325/2014**
6.2	"Satzung zu Bürgerbefragungen gem. § 35 NKomVG: Auftrag an die Verwaltung" auf Antrag der WBV-Fraktion	**530/2014**
7.1.1	Wirtschaftsplan 2015 der Wilhelmshavener Entsorgungszentrum und Logistik GmbH (WEL)	**307/2014**
7.1.2	Wirtschaftsplan 2015 der RNK Städtische Kliniken gGmbH	**337/2014**
7.1.3	Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion "Erstellung einer Gedenkeinrichtung für die Teilnehmer der Novemberrevolution vom 10.11.1918"	**531/2014**
7.2.1	Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis – Horst Rother	**326/2014**
7.3.1	Bebauungsplan Nr. 24 B, 2. Änderung - Gelände nördlich der Grodenstraße - Entwurfsbeschluss	**317/2014**
7.3.2	67. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Wilhelmshaven -Bürgerwindpark Westerhausen / Utwarfe- Behandlung der Stellungnahmen und Feststellungsbeschluss	**318/2014**
7.3.3	Beschluss über das Einzelhandelskonzept der Stadt Wilhelmshaven (EHK 2014)	**319/2014**
7.4.1	Vereinbarungserklärung zur Teilnahme am Digitalfunk des Landes Niedersachsen	**324/2014**
7.4.2	UWG-Antrag Elektromobilität und Klimaschutz	**532/2014**
7.5.1	Beschlussfassung zur Genehmigung des Wirtschaftsplanes 2015 des Reinhard-Nieter-Krankenhaus – Städtische Kliniken und soziale Versorgungseinrichtungen der Stadt Wilhelmshaven (RNK – Eigenbetrieb)	**313/2014**
8.1	Anfrage RH Debring gem. § 17 Abs 1 GeschO des Rates - Thema: Bismarckdenkmal	**533/2014**
9	Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten	

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzende Glaser eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Ratsvorsitzende Glaser informierte, dass der Tagesordnungspunkt 7.4.2 „UWG–Antrag Elektromobilität und Klimaschutz“ seitens der UWG-Fraktion im Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz zurückgezogen wurde.

Frau Breuer stellte den Antrag, den Tagesordnungspunkt 7.1.3 Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion "Erstellung einer Gedenkeinrichtung für die Teilnehmer der Novemberrevolution vom 10.11.1918" nach dem Tagesordnungspunkt 8.1 Anfrage RH Debring gem. § 17 Abs. 1 GeschO des Rates - Thema: Bismarckdenkmal“ zu behandeln.

Der **Antrag wurde mehrheitlich** (mit den Stimmen der CDU-Fraktion, SPD-Fraktion und OB) **abgelehnt**.

Die Tagesordnung wurde damit in der vorgetragenen Form festgestellt.

3 Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 23.10.2014

Beschluss: (einstimmig zugestimmt).

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 23.10.2014 wird genehmigt.

4 Aktuelle Stunde

Ratsvorsitzende Glaser erklärte, dass **Herrn Dr. von Teichman** eine Aktuelle Stunde zum Thema „Tourismusprogramm – vor 10 Jahren hat der Rat dazu einen Auftrag erteilt. Sachstand und aktuelle Bezüge“ beantragt habe.

Herr Dr. von Teichman appellierte an die Verwaltung, den 2004 gefassten Ratsbeschluss endlich umzusetzen und ein umfassendes, vollständiges Tourismuskonzept vorzulegen. Er ging dabei auf die über die Jahre mehrmalig erfolgten Nachfragen durch ihn und andere Ratsmitglieder der FDP ein. Das Konzept sei mehr als überfällig.

Herr von den Berg ergänzte, dass auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mehrfach auf die Erstellung eines Tourismuskonzeptes hingewiesen und dabei deutlich gemacht habe, die WTF müsse mit Geld ausgestattet werden, damit diese im Sinne der Attraktivitätssteigerung unserer Stadt tätig werden könne. Mit Hinweis auf die jüngsten Entwicklungen mit der Helgoland-Linie sei dabei auch interkommunal zu denken und zu handeln.

5 Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Es lagen keine Beratungspunkte vor.

6 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat
(Beigeordneter Hellwig)

6.1 38. Hauptversammlung Deutscher Städtetag 2015 in Dresden - Benennung von Abgeordneten und Gästen **325/2014**

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 15.12.2014 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Herr Bürgermeister Barkowsky und Frau Ratsvorsitzende Glaser nehmen als Delegierte der Stadt Wilhelmshaven an der 38. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 9. bis 11. Juni 2015 in Dresden teil.

Daneben können Ratsmitglieder auf eigene Kosten als Gastdelegierte an der Hauptversammlung teilnehmen.

6.2 "Satzung zu Bürgerbefragungen gem. § 35 NKomVG: Auftrag an die Verwaltung" auf Antrag der WBV-Fraktion **530/2014**

Herr Hellwig bat die WBV-Fraktion ihren Antrag selbst vorzustellen.

Herr Becker erläuterte den Antrag der WBV-Fraktion. Er plädierte dafür, diese Form der Bürgerbeteiligung schnellstens zu ermöglichen. **Herr Hellwig** hielt dem entgegen, dass der Gesetzgeber die Wahl zwischen einer generellen und einer Einzelfallregelung zulasse. Die Notwendigkeit jetzt eine generelle Satzung zu

erlassen, sehe er seitens der CDU-Fraktion nicht. **Frau Breuer** appellierte an die Fraktionen mit der Satzung ein Zeichen in Richtung Bürgerbeteiligung zu setzen. **Herr Dr. von Teichman** wies darauf hin, dass dies allerdings die schwächste Form der Bürgerbeteiligung sei. **Herr Stoffers** machte deutlich, dass die Durchführung einer Bürgerbefragung einen ähnlichen Aufwand wie bei einer Kommunalwahl nach sich zöge und mithin Kosten von plus/minus 50.000 Euro entstünden. An der weiteren kontrovers geführten Diskussion beteiligten sich **Frau Weinstock**, **Oberbürgermeister Wagner** und die **Herren Walpurgis, von den Berg, Prof. Reuter, Harms, Sokolowski** und **Föhlinger**.

Beschluss: -mehrheitlich **abgelehnt-**
(bei 14 Ja-Stimmen der Gruppen Bündnis90/Die Grünen/WBV, BASU sowie Herr Dr. von Teichman (FDP) und 27 Nein-Stimmen der CDU-Fraktion, SPD-Fraktion und Oberbürgermeister Wagner)

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beauftragt die Verwaltung, eine Satzung für Bürgerbefragungen nach *§35* NKomVG für die Stadt Wilhelmshaven zu erstellen.

7 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

7.1 Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft (Beigeordnete Breuer)

7.1.1 Wirtschaftsplan 2015 der Wilhelmshavener Entsorgungszentrum und Logistik GmbH (WEL) **307/2014**

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 15.12.2014 vor.

In den folgenden Redebeiträgen lobten die **Herren Sokolowski, Hellwig** und **Föhlinger** jeweils individuell den guten Zustand der WEL und dankten der Geschäftsführung und dem guten Team für die geleistete Arbeit. Dabei begrüßten sie in unterschiedlicher Motivation die gefassten Beschlüsse zur Verbesserung der Stadtsauberkeit.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei Nein-Stimmen der Herren Walzner(UWG-Fraktion) und Dr. von Teichman (FDP))

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven nimmt den Wirtschaftsplan 2015 der Wilhelmshavener Entsorgungszentrum und Logistik GmbH (WEL) zur Kenntnis.

7.1.2 Wirtschaftsplan 2015 der RNK Städtische Kliniken gGmbH **337/2014**

Frau Breuer trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 15.12.2014 vor.

Auf die Frage von **Herrn Dr. von Teichman**, nach dem Verlustausgleich des RNK, erläuterte **OB Wagner**, dass nur das ausgeglichen werde, was an Barmitteln nötig sei. Im Folgenden machte **Herr Dr. von Teichman** seine ablehnende Haltung zum Gesamtkomplex der beiden Krankenhäuser RNK und St. Willehad deutlich. Er wiederholte seine Auffassung, dass die Privatisierung auch jetzt noch die einzig mögliche und richtige Lösung sei. **Herr Prof. Reuter** entgegnete, dass der gesamte Rat bei 1 Gegenstimme von Herrn Dr. von Teichman den Beschluss zum Erhalt des Krankenhauses in kommunaler Hand gefasst habe. Im Übrigen wies er die Formulierung, das St. Willehad Hospital sei „plattgemacht“ worden, zurück. In diese Richtung ging auch der Beitrag von **Herrn Debring**, der darauf hinwies, dass bis 1.11.2014 das St. Willehad Hospital einen eigenen Geschäftsführer hatte und man für die finanzielle Entwicklung dort nicht

den Rat verantwortliche machen könne.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei Nein-Stimmen der Gruppe BASU/Hammadi und der Herren Dr. von Teichman (FDP) und Walzner (UWG-Fraktion))
Frau Kolbe hat bei der Abstimmung nicht mitgewirkt -

Dem Wirtschaftsplan 2015 der Reinhard-Nieter-Krankenhaus Städtische Kliniken gGmbH (RNK gGmbH) mit einem ausgewiesenen Verlust in Höhe von 6.802.468 Euro wird zugestimmt.

7.1.3 Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion "Erstellung einer Gedenkeinrichtung für die Teilnehmer der Novemberrevolution vom 10.11.1918" **531/2014**

Herr Föhlinger brachte den gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion und der CDU -Fraktion ein.

In der nachfolgenden Diskussion machten die **Herren Becker, Hammadi, von den Berg, Dr. von Teichman, Walpurgis, Sokolowski** und **Frau Breuer** ihre ablehnende Haltung deutlich und stellten neben dem fehlenden Finanzierungsvorschlag insbesondere den Zusammenhang mit der Errichtung der Bismarckstatue heraus. **Herr Hellwig** stellte demgegenüber seine zustimmende Haltung zum Antrag klar. **Oberbürgermeister Wagner** wies darauf hin, dass ein genereller Umgang mit historischen Stätten gefunden werden müsse, und zwar im Sinne von kenntlich machen und in eine touristische Nutzung einpflegen.

Herr Becker stellte den **Geschäftsordnungsantrag**, die Vorlage an die Ausschüsse Sport und Kultur und Finanzen und Wirtschaft zu verweisen.

Der **Geschäftsordnungsantrag** wurde bei 14 Ja-Stimmen der Gruppe Grüne/WBV, BASU sowie Herrn Dr. von Teichman (FDP) und 27 Nein-Stimmen von CDU-Fraktion, SPD-Fraktion und Oberbürgermeister Wagner **mehrheitlich abgelehnt**.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(mit den Ja-Stimmen von CDU-Fraktion, SPD-Fraktion und Oberbürgermeister Wagner; bei Nein-Stimmen der Gruppe BASU/Hammadi, Gruppe Grüne/WBV, UWG-Fraktion sowie Herrn Dr. von Teichman (FDP) und einer Enthaltung)

Die Stadtverwaltung wird beauftragt für die Teilnehmer der Novemberrevolution vom 10.11.1918 eine Gedenkeinrichtung in der Gökerstr. in Höhe der „Elisenlust“ aufzustellen.

7.2 Ausschuss für Personal und Gleichstellungsfragen
(Beigeordneter Becker)

7.2.1 Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis – Horst Rother **326/2014**

Herr Becker trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Personal und Gleichstellungsfragen vom 8.12.2014 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der bisherige Stellvertretende Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Fedderwarden Herr Horst Rother wird gem. § 20 Niedersächsisches Brandschutzgesetz erneut mit Wirkung vom 01.02.2015 bis zum 31.01.2021 zum Stellvertretenden Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Fedderwarden im Ehrenbeamtenverhältnis berufen.

7.3 Ausschuss für Planen und Bauen (Beigeordneter Veh)

7.3.1 Bebauungsplan Nr. 24 B, 2. Änderung **317/2014**
- Gelände nördlich der Grodenstraße - Entwurfsbeschluss

Herr Veh trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 9.12.2014 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Entwurf des **Bebauungsplans Nr. 24B, 2. Änderung** - Gelände nördlich der Grodenstraße - zu und beschließt, diesen einen Monat lang öffentlich auszulegen. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

7.3.2 67. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Wilhelmshaven **318/2014**
-Bürgerwindpark Westerhausen / Utwarfe-
Behandlung der Stellungnahmen und Feststellungsbeschluss

Herr Veh trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 9.12.2014 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

1. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund der §§ 10 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der z.Z. geltenden Fassung die **67. Änderung des Flächennutzungsplans 1973** - BÜRGERWINDPARK WESTERHAUSEN / UTWARFE - zur Feststellung. Über die eingegangenen Stellungnahmen wird gem. Vorlage (Ergänzungsblatt 01 - 16) beschlossen. Sie ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift. Die Begründung mit den Angaben nach §2a BauGB in der Fassung vom 01.12.2014 wird beschlossen und ist der 67. Änderung des Flächennutzungsplanes von 1973 gem. § 5 Abs. 5 Baugesetzbuch beigefügt.
2. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt, dass der für das Stadtgebiet vorliegende Flächennutzungsplan 1973 in der Fassung, die er durch die o.g. Änderung erfahren hat, neu bekannt zu machen ist.

7.3.3 Beschluss über das Einzelhandelskonzept der Stadt **319/2014**
Wilhelmshaven (EHK 2014)

Herr Veh trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 9.12.2014 vor.

Anschließend stellte **Frau Julia Lemke**, CIMA-Lübeck, das CIMA-Gutachten anhand einer Präsentation vor.
Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem als Anlage zur Sitzung hinterlegt.

In der anschließenden Diskussion stellte Herr **von den Berg** fest, dass das vorliegende Gutachten eine wichtige Grundlage für das konzeptionelle Handeln der Zukunft darstelle. Er wies darauf hin, dass ein Citymanager notwendig wäre, allerdings könne dafür seitens der Stadt kein Geld bereitgestellt werden, dies müsse der Einzelhandel leisten. **Herr Dr. von Teichman** bezeichnete das Gutachten als dürftig wegen fehlender Aussagen zur Attraktivitätssteigerung und generell überflüssig, weil man sich – wie in der Vergangenheit mehrfach

geschehen – nicht daran halten werde. Die Wirtschaft mache im Übrigen das, was sie möchte, nämlich dort investieren, wo Profit zu erwarten sei. **Prof. Reuter** machte deutlich, dass in der Vergangenheit nicht konzeptionslos gehandelt wurde, denn das Einzelhandelsgutachten lag vor. Heute gehe es um die Fortschreibung des Gutachtens und dies solle – anderes als früher – nicht nur zur Kenntnis genommen werden, sondern beschlossen werden. Damit sei es als verbindliche Grundlage festgelegt. **Herr Föhlinger** fügte ergänzend an, dass es ja auch Ziel sei, einen neuen Flächennutzungsplan zu erstellen, der dann ebenfalls entsprechende ordnende Festlegungen treffe. Im Übrigen begrüßte er die Forderung nach einem Citymanager und berichtete, dass der Handel bereit sei, dazu beizutragen. An der weiteren Diskussion beteiligten sich die **Herren Hellwig, Schmidt** und **Veh**.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-
(bei Enthaltung von Herrn Dr. von Teichman (FDP))

Der RAT der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes für die Stadt Wilhelmshaven (EHK 2014) in der vorliegenden Endfassung.

7.4 Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz
(Ratsherr Harms)

7.4.1 Vereinbarungserklärung zur Teilnahme am Digitalfunk des Landes Niedersachsen **324/2014**

Herr Harms trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz vom 10.12.2014 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Ausschuss stimmt der Vereinbarungserklärung zur Teilnahme am Digitalfunk des Landes Niedersachsen zu.

7.4.2 UWG-Antrag Elektromobilität und Klimaschutz **532/2014**

Der Antrag wurde in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz vom 10.12.2014 seitens der UWG-Fraktion **zurückgezogen**.

7.5 Betriebsausschuss Krankenhaus (Ratsherr Sokolowski)

7.5.1 Beschlussfassung zur Genehmigung des Wirtschaftsplanes 2015 des Reinhard-Nieter-Krankenhaus – Städtische Kliniken und soziale Versorgungseinrichtungen der Stadt Wilhelmshaven (RNK – Eigenbetrieb) **313/2014**

Herr Sokolowski trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Krankenhaus vom 1.12.2014 vor.

Auf die Frage von **Herrn Becker** zu den Entwicklungen der Personalkosten, antworte **Herr Keil**, dass unterstellt werde, dass die Seniorenresidenz zum 1. März 2015 verkauft werde. **Oberbürgermeister Wagner** ergänzte, dass hier der Eigenbetrieb angesprochen sei, dort werde kein Personal mehr eingestellt und vorhandenes Personal gehe altersbedingt in den Ruhestand.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-
(bei 5 Nein-Stimmen der Gruppe BASU/Hammadi, der UWG-Fraktion und Herrn Dr. von Teichman (FDP))
Frau Kolbe hat bei der Abstimmung nicht mitgewirkt

Der beiliegende Wirtschaftsplan des RNK – Eigenbetriebes 2015 wird beschlossen.

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf 200.000 € festgesetzt.

Der Höchstbetrag, bis zu dem Liquiditätskredite für das Wirtschaftsjahr 2015 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 4.000.000,00 € festgesetzt.

Verpflichtungsermächtigungen sind im Wirtschaftsplan 2015 nicht vorgesehen.

8 Anfragen

8.1 Anfrage RH Debring gem. § 17 Abs 1 GeschO des Rates - Thema: Bismarckdenkmal **533/2014**

Herr Debring trug seine schriftlich eingebrachte Anfrage zu TOP 7.3.1 der Ratssitzung vom 26.11.2014; Aufstellung einer Statue auf dem Bismarckplatz vor:

„01. An welchem Tag ist ein Auftrag an den Künstler ergangen, der die Statue "Bismarck" gestalten soll?

02. Wer hat diesen Auftrag erteilt?

03. Ist der Auftrag vor dem 26.11.2014 erteilt worden?

04. Ist der Auftrag vor dem 26.11.2014 erteilt worden mit der Maßgabe, dass die Wirksamkeit der Beauftragung von dem Beschluss des Rates abhängt?

05 Ist der Spender August Desenz an der Entscheidung über Form des Denkmals, Person des Künstlers beteiligt worden?

06.Wenn nein, warum nicht?

07. Sind für Geschichte/Kunst kundige Personen an der Entscheidung beteiligt oder dafür befragt worden? Wenn ja, welche?

08. Laut WZ 28.11. hat der Spender eine andere Form des Denkmals gewünscht und sich gegen die jetzige Form ausgesprochen. War dies der Verwaltung bekannt? Warum ist dieser Sachverhalt in der Vorlage nicht mitgeteilt worden?

09. Wie konnte es geschehen, dass eine Vorlage die nach WZ vom 28.11.im Frühjahr 2014 von dem CDU-OV Wilhelmshaven Ost gekürt wurde, zur Vorlage der Verwaltung wurde?

10. Warum wurde die Alternative „Wiesner" nicht zur Kenntnis gegeben?

11. Ist es richtig, dass die Stadt Auftraggeber ist?
Wenn ja, warum erfolgte keine Ausschreibung?

12. Hat der Spender A. Desenz ausschließlich auf ein Denkmal der jetzt beschlossenen Form von Anfang an bestanden?

13. Ist mit dem Spender erörtert worden, ob ein öffentlicher Wettbewerb stattfinden solle?

14. Welche Vorschriften sind bei der Errichtung eines öffentlichen Denkmals seitens der Stadt einzuhalten?

15. Ein Betrag von 10 T€ soll angeblich dem Spender kreditiert werden und durch weiteres „Orgeln“ abgetragen werden. Wann und durch wen ist dem Spender ein Darlehen gewährt worden? Ist dies im Haushalt 2015 nachvollziehbar?

16. Warum gab es für das Denkmal keinen öffentlichen Ideenwettbewerb?

Oberbürgermeister Wagner antwortete wie folgt:

„Die Statue „Bismarck“, wie auch in der Begründung der Beschlussvorlage erläutert, ist eine Initiative aus dem Umfeld der August-Desenz-Stiftung. Die Statue mit Sockel soll der Stadt „fertig“ gestiftet/gespendet werden. Alle für die Beauftragung der Statue notwendigen Maßnahmen (z.B. Auftragserteilung, Bauantrag etc.) wurden/werden vom Initiativkreis selbst unternommen und entziehen sich der Kenntnis des Kulturbüros (KB). Die für die Aufstellung der Statue notwendigen, vorbereitend zu klärenden Punkte (z.B. Fundament) vor Ort, wurden vom FB 61, Frau Wohler, und TBW, Herrn Menke, begleitet, Arbeiten allerdings nach Kenntnis des KBs noch nicht ausgeführt.

01. An welchem Tag ist ein Auftrag an den Künstler ergangen, der die Statue ”Bismarck“ gestalten soll?
Keine Kenntnis des KBs.

02. Wer hat diesen Auftrag erteilt?
Keine Kenntnis des KBs.

03. Ist der Auftrag vor dem 26.11.2014 erteilt worden?
Keine Kenntnis des KBs.

04. Ist der Auftrag vor dem 26.11.2014 erteilt worden mit der Maßgabe, dass die Wirksamkeit der Beauftragung von dem Beschluss des Rates abhängt?
Keine Kenntnis des KBs.

05. Ist der Spender August Desenz an der Entscheidung über Form des Denkmals, Person des Künstlers beteiligt worden?
Nach Kenntnis des KBs ja.

06. Wenn nein, warum nicht?
./.

07. Sind für Geschichte/Kunst kundige Personen an der Entscheidung beteiligt oder dafür befragt worden? Wenn ja, welche?
Leiter Kulturbüro zu „Geschichte“

08. Laut WZ 28.11. hat der Spender eine andere Form des Denkmals gewünscht und sich gegen die jetzige Form ausgesprochen. War dies der Verwaltung bekannt?
Die „Aussage“ von Herrn Desenz ist im WZ-Artikel vom 6.12.14 korrigiert worden.

09. Wie konnte es geschehen, dass eine Vorlage die nach WZ vom 28.11.im Frühjahr 2014 von dem CDU-OV Wilhelmshaven Ost gekürt wurde, zur Vorlage der Verwaltung wurde?
Die Statue ist der Stadt als Spende/Geschenk angeboten worden. Die Annahme von Spenden ist durch den Rat zu beschließen, sh. Beschlussvorlage (keine „Planung“ der Verwaltung).

10. Warum wurde die Alternative „Wiesner“ nicht zur Kenntnis gegeben?
Es wurde der jetzige Entwurf als Spende angeboten. Somit war darüber zu entscheiden, nicht über alternative Entwürfe oder Ideen.

(…)

11. Ist es richtig, dass die Stadt Auftraggeber ist? Wenn ja, warum erfolgte keine Ausschreibung?
Die Stadt ist nicht Auftraggeber der Statue mit Sockel.

12. Hat der Spender A. Desenz ausschließlich auf ein Denkmal der jetzt beschlossenen Form von Anfang an bestanden?
Nicht bekannt, da der Stadt im jetzigen Entwurf angetragen.

13. Ist mit dem Spender erörtert worden, ob ein öffentlicher Wettbewerb stattfinden solle?
Nein (sh. Nr. 16)

14. Welche Vorschriften sind bei der Errichtung eines öffentlichen Denkmals seitens der Stadt einzuhalten?
Grundsätzliche Vorschriften bezüglich der Errichtung eines Bauwerkes (Bauvorschriften, insbesondere Statik, Grundstücksrechte etc.). Alle kommunalverfassungsrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Bauvorschriften gelten ebenfalls.

15. Ein Betrag von 10 T€ soll angeblich dem Spender kreditiert werden und durch weiteres „Orgeln“ abgetragen werden. Wann und durch wen ist dem Spender ein Darlehen gewährt worden? Ist dies im Haushalt 2015 nachvollziehbar?
Nein, kein Darlehen gewährt. Die Stadt weiß von weiteren Spendenzusagen.

16. Warum gab es für das Denkmal keinen öffentlichen Ideenwettbewerb?
Die Statue ist der Stadt in dieser Form als Spende/Geschenk angeboten worden – keine Planung der Verwaltung. Sieh. auch Handhabung bei vergleichbaren Schenkungen, z.B. „Windsbraut“ und „Gotthilf-Hagen-Denkmal“.“

9 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Herr Stoffers berichtete, dass Herr Valnion gestern die Urkunde zum Städt. Oberrat erhalten habe, damit sei der Aufstieg in den höheren Dienst verbunden.

Dann ging er auf die von Herrn Dr. von Teichman an das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport – Kommunalaufsicht – gerichtete Eingabe zur Vorbereitungspflicht des Verwaltungsausschusses nach § 76 NKomVG ein, die dieser am 14.8. mit der Bitte eingereicht hatte, gegen den Beschluss des Rates vom 18.6.2014 einzuschreiten.
Es handele sich um die Vorlage 517/2014 „Antrag der CDU-Fraktion auf Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien“.
Die Kommunalaufsicht habe nun mitgeteilt, dass die Beschlüsse des Rates grundsätzlich durch den VA vorzubereiten seien. Es sei jedoch anerkannt, dass vom Vorbereitungsgebot aus systematischen und teleologischen Gründen Ausnahmen erforderlich sind, es also Beschlüsse des Rates gäbe, bei denen keine Vorbereitung geboten sei. Dies sei bei dem vorliegen Beschluss der Fall. Für die Entsendung von Mitgliedern in einen Aufsichtsrat ist der Anwendungsbereich des § 17 NKomVG eröffnet. Der von Herrn Dr. von Teichman angegriffene Beschluss sei dabei nach § 71 Abs. 5 als Feststellungsbeschluss hinsichtlich der Sitzverteilung und Besetzung des Aufsichtsrates der RNK gGmbH zu werten. Dem stehe nicht entgegen, dass ausdrücklich eine Weisung beschlossen wurde. Hierbei dürfe nicht am buchstäblichen Ausdruck gehaftet werden, sondern es sei durch Auslegung auf den Gehalt des Beschlusses zu schließen.
Der Feststellungbeschluss sei jedoch als innerorganisatorische Maßnahme nach den genannten Grundätzen nicht von der Vorbereitungspflicht des VA erfasst, da dadurch die Organisationgewalt des Rates in eigenen Angelegenheiten zu

Ausdruck komme. Bei der Aufstellung der Tagesordnungspunkte genüge es regelmäßig, dass eine summarische oder schlagwortartige Kennzeichnung des zu beratenden Gegenstandes erfolge, die ihn allgemein umreiße. Aus dem Antrag ließen sich das Thema sowie die anzuwendenden Rechtvorschriften ableiten. Zudem bestand für den Rat nur die Kompetenz auf die korrekte Verteilung der Sitze und die korrekte Durchführung des Besetzungsverfahrens festzustellen. Eine ausreichende Vorbereitung durch den Rat war somit gewährleistet. Das Fazit der Kommunalaufsicht laute, ein Einschreiten gegenüber der Stadt sei kommunalaufsichtlich nicht möglich.

Herr Stoffers wies abschließend darauf hin, dass das in gleicher Sache anhängige Verfahren vor dem Verwaltungsgericht Oldenburg noch nicht entschieden sei.

10 Einwohnerfragestunde

10.1 Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde
(§ 19 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)

Schriftlich eingereichte Fragen lagen nicht vor.

10.2 Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung
(§ 19 Abs. 2 des Geschäftsordnung des Rates)

Es werden keine Fragen seitens der anwesenden Zuhörerschaft gestellt.
Die Einwohnerfragestunde wurde daraufhin geschlossen.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 18:25 Uhr

gez.	gez.	gez.
Glaser Ratsvorsitzende	Wagner Oberbürgermeister	Preuß Protokollführer